



ver.di

Öffentliche Auftragsvergabe und Mindestlohn

Bestbieter - Tagung 2007



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

Einleitung – oder warum Berlin ein guter Platz für diese Tagung ist

Offener Brief der Berliner Bewacher an den Präsidenten des deutschen Bundestages (Auszug)

„ Wir können nicht nachvollziehen, weshalb der deutsche Bundestag durch Billiganbieter bewacht werden soll, warum Vertreter der höchsten deutschen Gesetzgebung Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes keinen Lohn zugestehen wollen, von dem sie ohne zusätzliche Sozialtransferleistungen leben können. Wenn man schon keine regionalen Tarifverträge als Grundlage für eine Ausschreibung nutzt, warum ignoriert man dann bei einer europaweiten Ausschreibung das durch die EU initiierte Bestbieterhandbuch?

Ist das einzige Kriterium für die Sicherheit der niedrigste Preis?

Gerade in einer Zeit, in der der Ruf nach Mindestlöhnen für das Dienstleistungsgewerbe immer stärker wird, fällt es schwer zu verstehen weshalb gerade das höchste deutsche Gremium, der Deutsche Bundestag tariftreuen Firmen den Garaus macht.“

Einflussfaktoren auf die Preise aus gewerkschaftlicher Sicht

- Die Situation der Branche
- Die Verantwortung der Kunden aus dem öffentlichen Bereich
- Die Verantwortung der Unternehmen und des Verbandes
- Tarifverträge, ihre Umsetzung und Wirksamkeit
- Der Mindestlohn als Regulativ

Die Situation in der Branche

- Der Markt stagniert, zwischen, zwischen ca. 3.000 Firmen herrscht erbarmungsloser Verdrängungswettbewerb
- Der Wettbewerb über die Qualität der Dienstleistung über eine Dienstleistung die ihren „Preis wert ist“ findet nicht mehr statt.
- Gesetzliche Standards im Bereich der Arbeitssicherheit und der erforderlichen Qualifikationen werden unterlaufen
- Ungenügende Kontrollmechanismen durch den Verband und minimalste Markteintrittsvoraussetzungen bilden die Grundlage für Wettbewerbsverzerrungen und kriminelles Handeln

Die Verantwortung der Kunden aus dem öffentlichen Sektor

- Die Marktsituation wird erbarmungslos zur Preisdrückerei genutzt
- Die Kunden pflegen die „Geiz ist geil“ Mentalität und verweisen auf die sogenannten Sachzwänge wie Gemeindeordnung oder Kommunalverfassung sowie leere Kassen
- Die Qualität der Dienstleistung spielt kaum noch eine Rolle, notwendige Qualifikationen werden nicht mehr angefordert
Qualitätsverlust werden in Kauf genommen
- nicht der preiswerteste sondern in der Regel nur noch der billigste Anbieter wird bei Ausschreibungen bevorzugt
(Siehe Ausschreibung Deutscher Bundestag)

Die Verantwortung der Unternehmen und des Verbandes

- Dringend notwendig sind Mechanismen der Selbstkontrolle
- kontrollierter Einsatz von Subunternehmern um Tarifflicht oder zielgerichtete Umgehung von Tarifverträgen zu verhindern
- Kontrolle der Einhaltung von Qualitätsstandards
- Qualifikation der Mitarbeiter, Arbeitssicherheitsstandards, usw. usw.

Tarifverträge, ihre Umsetzung und Wirksamkeit

- In der Branche herrscht ein fast undurchdringlicher Dschungel von Tarifverträgen auf regionaler und Unternehmensebene
- Allgemeinverbindliche Tarifverträge stellen keine Hürde mehr dar weder moralisch noch rechtlich
- Sozialversicherungsbetrug wird zum Kavaliersdelikt
- Tarifvertragliche Leistungen werden Mitarbeitern vorenthalten
- Tarifvertragliche Leistungen werden bei der Preiskalkulation nicht mehr berücksichtigt
- nur so kann man noch Billiganbieter werden
- Preisdumping wird zum Lohndumping und führt in der Folge zu Armutslöhnen

Der Mindestlohn als Regulativ

- Verdi fordert den gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro
- Armutslöhne zwischen 4 und 5 Euro verlangen nach einem Mindestlohn für die Branche
- Mindestlöhne wirken in vielfacher Hinsicht als Regulativ für die Branche
- Ein Mindestlohn würde die Wettbewerbsbedingungen in der Branche harmonisieren
- Das hätte erheblichen Einfluss auf die Preisgestaltung in der Branche
- der Wettbewerb würde sich mehr und mehr über die Qualität der Dienstleistung vollziehen
- Der Mindestlohn schafft ein Einkommen zum Auskommen und würde Sozialtransferleistungen überflüssig machen

Der Mindestlohn als Regulativ

- Die öffentliche Hand würde finanziell erheblich entlastet
- extrem lange Arbeitszeiten mit all ihren negativen Folgen könnten der Vergangenheit angehören
- Die Einhaltung der monatlichen Höchstarbeitszeit von 208 Stunden wäre für die Beschäftigten „machbar“ und könnte zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen
- Altersarmut kann verhindert werden
- Die Branche könnte ihr Image verbessern, das „Gut Sicherheit“ könnte seinen Stellenwert in der öffentlichen Wahrnehmung verbessern

Der Staat in all seinen Gliederungen und Ebenen
ob Bund, Land oder Kommune ist hier in der Pflicht
Als Vorbild und Vorreiter zu wirken!